

Kommunalpolitisches Programm der Liste

erlanger linke

zur Kommunalwahl 2008

Ein anderes Erlangen ist möglich

In Erlangen leben – sozial gerecht und demokratisch

Für die meisten Menschen ist Erlangen eine Stadt, in der sie leben und arbeiten, in der sie ihre Kinder großziehen und Freunde haben, in der sie einkaufen, Sport treiben, Kinos, Theater oder Museen besuchen, kurz: Für die meisten Menschen ist Erlangen Lebensraum.

Für einige Menschen hingegen – allerdings sehr wenige – ist Erlangen eine Aktiengesellschaft. Aus deren Blickwinkel ist unsere Stadt nicht Lebensraum, sondern Geschäftsfeld, in dem die Bedingungen für die Profitscheffelei ständig verbessert werden müssen.

Die Stadt wird dominiert von Siemens und Universität. Erlangen ist dadurch eine Stadt mit einem hohen Durchschnittseinkommen geworden. Laufend werden die Lebenshaltungskosten erhöht. Für Menschen mit geringem Einkommen ist das bedrohlich und zunehmend Existenz gefährdend.

Verschärfend wirkt sich aus, dass immer wieder zum einseitigen Nutzen von Aktionären oder Institutsdirektoren (und nur selten auch von MitarbeiterInnen) in die Stadtpolitik hineingewirkt wird. Ökologische, soziale oder städtebauliche Grundsätze sind dann schnell vergessen und treten hinter Konzerninteressen zurück.

Die ***erlanger linke*** dagegen fordert, die Lebensqualität aller jetzt und künftig lebenden Menschen zum Maßstab der Politik zu machen. Unsere Richtschnur sind die Interessen der ArbeiterInnen und Angestellten, der Arbeitslosen, SozialhilfeempfängerInnen, der RentnerInnen, der Kinder und Jugendlichen, der Ausgegrenzten.

Wir wollen Gegenmacht sein. Statt Umverteilung von unten nach oben wollen wir eine demokratische, soziale und ökologisch nachhaltige Politik durchsetzen.

1. Soziale Gerechtigkeit für Alle – Armut bekämpfen

Die Schlangen vor der Erlanger Tafel werden immer länger. Bereits 2006 mussten über 2.500 Menschen von der "Erlanger Tafel" mit kostenfreien Nahrungsmitteln versorgt werden, Tendenz steigend. Dies macht sichtbar, dass Armut in Erlangen zunimmt. Armut ist anzutreffen in Stadtrandgebieten ohne gewachsene soziale Strukturen mit großer

Bevölkerungsdichte, wie in Büchenbach, Bruck oder im Stadtosten, aber auch in Wohngebieten mit scheinbar intakter sozialer Infrastruktur. Man begegnet ihr in den Warteschlangen vor der „Erlanger Tafel“, in Wärmestuben, Kindergärten und -horten, im städtischen Sozialamt – und nicht zuletzt auf der Straße.

Armut in unserer Stadt reduziert sich längst nicht mehr auf Bettler und Obdachlose. Von Armut betroffene Menschen sind Familien, die trotz Jobs im Niedriglohnbereich häufig auf Arbeitslosengeld II (Hartz 4) angewiesen sind. Es sind alleinerziehende Elternteile, Kinder, Jugendliche ohne berufliche Perspektive und alte Menschen. Es sind Frauen, Behinderte und ImmigrantInnen.

Wir wollen aber nicht "mehr Wohltätigkeit", wir wollen, dass kein Mensch auf Almosen angewiesen ist. Wir wollen, dass Menschen ein Einkommen haben, das ihnen und ihren Familien ein menschenwürdiges Leben gestattet.

Hartz 4 entwürdigt und entrechtet Erwerbslose. Hartz 4 bedeutet Leben unter der Armutsgrenze. Hartz 4 hat keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen, Hartz 4 und die 1-€-Jobs, die in Erlangen von der GGfA vermittelt werden, vernichten vielmehr reguläre Arbeitsplätze, wie dies selbst die Bundesagentur für Arbeit festgestellt hat. Hartz 4 zwingt Menschen in unserer Stadt, zu Armutslöhnen zu arbeiten, die nicht mehr zum Leben reichen. Hartz 4 greift so die Tarifautonomie an. Erwerbslose Menschen sind nicht dazu da, durch billigste Entlohnung für ihre Arbeitskraft den Reichtum Einzelner zu mehren. Sie sind auch nicht dazu da, dass sich Kommunen - auch Erlangen - auf ihre Kosten sanieren.

Ein menschenwürdiges Leben in unserer Stadt bedeutet kostengünstige Nutzung aller zur Daseinsvorsorge gehörenden kommunalen Einrichtungen. Alle ErlangerInnen müssen sich die Teilnahme an kulturellen und gesellschaftlichen, an sportlichen und Bildungsangeboten leisten können – unabhängig von ihrem Einkommen. Leben muss Freude machen.

Die Stadtverwaltung verhindert genau dies. Sie kennt bei der Preisgestaltung keinen Pardon: Ob Bustickets, Gas- und Strompreise, Kindergärtenplätze oder Schulbücher – die Abzocke der Bürgerinnen und Bürger nimmt kein Ende. Kein Ende in Sicht ist auch bei den Wartelisten am Wohnungsamt, bezahlbarer Wohnraum ist zur Mangelware geworden.

Die **erlanger linke** fordert

- Preisstopp bei allen kommunalen Tarifen und Gebühren. Runter mit den kommunalen Preisen.
- Großkudentarif der Stadtwerke für alle sofort. Keine Privilegien für die Großunternehmen.
- Erhalt und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus (siehe auch Abschnitt "Wohnen")
- Kostenloses Konto bei der Stadtparkasse für alle (Stadt ist Haupteignerin der Sparkasse).
- Kostenlose Kinderbetreuung in allen Kindereinrichtungen – kostenlose Schulspeisung.
- Schulmittelfreiheit für alle.
- Erlangen-Pass: 90%ige Preisermäßigung bei allen städtischen Einrichtungen, dem ÖPNV und von der Stadt subventionierten Kultureinrichtungen für Bezieher von Einkommen unterhalb der 1500,-€-Grenze (Bruttoeinkommen).
- Die Stadt erstellt jährlich einen Reichtums- und Armutsbericht, der veröffentlicht wird.

Hartz 4 muss weg! Solange dieses unsoziale Gesetz besteht, fordern wir als Soforthilfen für Betroffene in Erlangen:

- Keine 1-Euro-Jobs bei der Stadt und der GGfA. Reguläre, unbefristete Arbeitsplätze für 1-€-JobberInnen zu den Tarifbedingungen des TVöD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst).
- Freiwillige Leistungen in Form einmaliger Beihilfen.
- Hartz 4-Empfänger müssen ihre Wohnungen behalten dürfen. Keine Zwangsumzüge! Menschenwürdiges Wohnen ist Grundrecht!
- Bei der Wohnkostenerstattung muss der Ermessensspielraum von der Stadt voll ausgeschöpft werden.
- Schluss mit den Schikanen für Hartz 4- und Sozialhilfeempfänger. Kein Einsatz von Sozialamts-Schnüfflern.
- Kostenloser Nahverkehr für Hartz 4-EmpfängerInnen.
- Sozialberatung und umfassende Aufklärung der Hartz-4-Empfänger über ihre Rechte und Ansprüche: durch Personalaufstockung der überlasteten Leistungsabteilungen und durch die Förderung der unabhängigen Sozial- und Arbeitslosenhilfe-Initiativen und Beratungsstellen in den Wohngebieten.
- Die Stadt finanziert einen/eine Ombudsmann/-frau, der den BürgerInnen hilft, ihre sozialen Rechte durchzusetzen. Diese/r ist an keine Weisung gebunden.

2. Arbeit ermöglichen – Auskommen sichern

Arbeit ist ein Menschenrecht. Von ihrer Arbeit müssen die ErlangerInnen anständig leben können. Eine kommunale Beschäftigungspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, muss sich daher zum Ziel setzen, Erwerbslosigkeit ebenso zu bekämpfen wie den Niedriglohn und andere entwürdigende Arbeitsverhältnisse. Erwerbslose und Beschäftigte haben gemeinsam in den Gewerkschaften und Sozialforen Forderungen entwickelt, die für die **erlanger linke** politische Richtschnur sind.

Die **erlanger linke** fordert

- Die Stadt setzt sich im kommunalen Arbeitgeberverband und anderen Gremien dafür ein, dass es zu keinen Arbeitszeitverlängerungen im öffentlichen Dienst kommt, sondern durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich neue Arbeitsplätze geschaffen werden
- Unbefristete Arbeitsverträge bei Neueinstellungen bei der Stadt! Außerdem Umwandlung befristeter Arbeitsstellen in unbefristete.
- Keine Leiharbeit!
- Ausreichende Berücksichtigung älterer Arbeitnehmer bei Einstellungen in städtischen Betrieben
- (10 %) Ausbildungsplätze bei der Stadt
- Die Förderung privater Unternehmen ist an Bedingungen zu knüpfen und an die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze gebunden.
- **Darüber hinaus fordern wir ein Kommunales**

Netzwerk für Ausbildung und Arbeit:

Die Stadt Erlangen soll Aktivitäten fördern und vernetzen die das Ziel haben, junge Menschen und Langzeitarbeitslose an die Berufsausbildung und Arbeitsplätze heranzuführen. Hier kann die Stadt an bestehende Projekte und Einrichtungen anknüpfen (s.u.).

Beteiligte sollen sein Betriebe, die auf sich alleine gestellt nicht ausbilden oder zusätzliche Arbeitsplätze nicht anbieten können oder wollen, die Erlanger Gewerkschaften, das Industrie- und Handelsgremium, die Handwerkskammer, die Stadtverwaltung, die großen Erlanger Betriebe und Verwaltungen und die Betriebs- und Personalräte dieser Einrichtungen.

- Es sollen dabei die folgenden Aktivitäten umgesetzt werden:
Die Stadt ergreift die Initiative für die Schaffung eines überbetrieblichen Ausbildungswesens und koordiniert dieses.
- Entwicklung überbetrieblicher Tätigkeitsfelder, in denen Langzeitarbeitslose oder auch junge Menschen, die sonst keinen Arbeitsplatz finden, tarifgebunden und sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden können. Gerade für junge Menschen, die Schwierigkeiten mit dem Einstieg in eine geeignete Berufsausbildung haben, kann ist die seit 2 Jahren bestehende „Einstiegsqualifizierung für die Jugend“ eine Möglichkeit zum Berufseinstieg. Solche Projekte müssen auch auf Langzeitarbeitslose angepasst werden.
- Realisierung kommunaler Projekte an den Schulen – Schwerpunkt Hauptschule – mit deren Hilfe sich Schülerinnen und Schüler und Betriebe kennen lernen können (Beispiel „Jugendwerkstatt Eltersdorf“ der Diakonie). So etwas muss es auch für Langzeitarbeitslose geben.
- Außerdem laufen bereits an den Erlanger Hauptschulen Projekte, in denen die Schüler auf Bewerbungsgespräche vorbereitet werden und Teamfähigkeit vermittelt bekommen durch Lehrer und SozialarbeiterInnen. VertreterInnen der IHK, Firmen oder ehemalige SchülerInnen kommen in die Schule, um Berufsfelder vorzustellen. Für Langzeitarbeitslose gälte es hier, in die gleiche Richtung zu arbeiten.
- Einrichtung einer Berufsfachschule für die Schulabgänger, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben.
- Die Vermittlungsarbeit des Vereins „Jugend-Arbeit-Zukunft e.V.“ der Stadt Erlangen muss gleichwertig auch Langzeitarbeitslosen zur Verfügung stehen.
- Die existierenden Förderprogramme zur Berufsvorbereitung für behinderte Schüler müssen von der Stadt maximal und kontinuierlich ausgeschöpft werden.
- Realisierung kommunaler Projekte an Schulen (Schwerpunkt Gymnasien und Fachoberschulen), mit denen Schülerinnen und Schüler den Studienalltag besser kennen lernen können.
- Die Stadt richtet ein Berufsinformationszentrums (BIZ) ein, das alle Projekte unter einem Dach koordiniert.

3. Kampf der kommunalen Verarmung - Die Finanzierung der Stadt

Wie die meisten Gemeinden, Städte und Landkreise steht auch Erlangen vor riesigen Finanzproblemen. Wegbrechende örtliche Steuern einerseits und geringere Finanzaufweisungen von Bund und Land prägen das Bild. Die Folgen sind vielfach: Haushalte sind nicht ausgeglichen, den „normalen“ BürgerInnen werden höhere Gebühren, Beiträge und Steuern abverlangt. Die CSU/FDP-Mehrheit im Rathaus veranstaltet Streichkonzerte im Sozialbereich.

Die **erlanger linke** fordert

- Ein Zinsmoratorium als Sofortentlastung.
- Rauf mit der Gewerbesteuer! Erlangen soll nicht Schlusslicht beim Gewerbesteuerhebesatz in der Region bleiben. Große Unternehmen wie Siemens müssen entsprechend ihren hohen Gewinnen am Steueraufkommen beteiligt werden.
- Keine Sonderkonditionen der Stadtwerke für die Erlanger Großbetriebe bei Energie, Entsorgung und Wasserversorgung; keine Sonderkonditionen bei Straßenausbau und Erschließungsgebühren für die Großkonzerne. Wer auf Kosten der Allgemeinheit im Geld schwimmt, soll für die Allgemeinheit entsprechend zahlen.
- Bund und Land müssen die vollen (echten) Kosten übernehmen, wenn der Stadt Erlangen Aufgaben von Land und Bund übertragen werden („Konnexitätsprinzip“).
- Die Stadt Erlangen muss für kommunale Projekte all die Gelder von der EU beantragen, die möglich sind.
- Eine Nahverkehrsabgabe von den Erlanger Betrieben, zur Förderung des öffentlichen Nahverkehrs.

Rahmenbedingungen verbessern:

Die Stadt muss sich für die Durchsetzung folgender Forderungen beim Deutschen Städtetag einsetzen und deren Umsetzung von den Bundes- und Landespolitikern einfordern.

- Energische Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, die jährlich einen Schaden von über 200 Milliarden Euro anrichtet.
- Notwendige Mittel müssen beschafft werden durch Beendigung der gigantischen Aufrüstungsprogramme und weltweiter Militäreinsätze sowie durch schrittweise Abrüstung.
- Eine wirkliche Steuerreform muss Konzerne und Spitzenverdiener wieder angemessen am Steueraufkommen beteiligen. Große Unternehmen wie Siemens müssen wieder Steuern zahlen.
- Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müssen auf eine solide, gemeindefreundliche Grundlage gestellt werden.

4. Privatisierung stoppen – kommunales Eigentum erhalten

Erlangen ist nicht die einzige Kommune, die in letzter Zeit ihr "Tafelsilber" verkauft hat. Immer wieder wurden wertvolle Immobilien der Stadt, darunter das Schloss Atzelsberg, veräußert. In der Vergangenheit wurden immer wieder städtische Dienstleistungen ganz oder teilweise privatisiert.

Die Privatisierung des städtischen Röthelheimbades konnte 2005 nur mit einem Bürgerbegehren und einem Bürgerentscheid, unterstützt auch von der Gewerkschaft ver.di, verhindert werden. Auch bei den städtischen Eigenbetrieben schleichen sich immer wieder „Private-Public-Partnership“-Projekte (PPP) ein. Ein Beispiel dafür ist die neue Halle für den städtischen Bauhof. Im Februar 2007 wurde in einer Nacht- und Nebelaktion geplant, den Entwässerungsbetrieb aus der Stadtverwaltung auszugliedern und in die Aktiengesellschaft Erlanger Stadtwerke einzugliedern. Vor dem Hintergrund der Privatisierungstendenzen auf dem bundesweiten Wasser- und Abwassermarkt wäre ein solcher Schritt nicht nur die Verhökung des einnahmeträchtigsten Gebührenlieferanten, sondern auch die Voraussetzung für mögliche weitere Vollprivatisierungsschritte durch einen Weiterverkauf.

Die Folgen sind immer weniger Mitwirkungsmöglichkeiten des Stadtrates und der Bürgerschaft bei der Gestaltung von Gebühren und Preisen. Es gibt immer weniger kulturelle, soziale und bildungspolitische Angebote der Stadt, aber einen weiter zunehmenden Einfluss der Großkonzerne wie Siemens.

Entgegen neoliberalen Wunschdenkens kosten solche Privatisierungen am Ende mehr als sie Einsparungen erbringen, weil sich Dritte langfristig an lebensnotwendigen Gütern, wie Strom, Energie und Wasser bereichern. Nur die Offenlegung der Geschäftsziele und Bilanzen der öffentlichen Betriebe gewährleistet, dass die öffentliche Daseinsvorsorge für jeden in hoher Qualität verfügbar und auch bezahlbar ist.

Die **erlanger linke** fordert

- Keine weiteren Privatisierungen! Kein weiterer Verkauf von kommunalen Grundstücken und kommunalem Eigentum!
- Der Stadtrat als höchstes demokratisches Organ muss die politische Kontrolle über das Eigentum der Stadt, d. h. das Eigentum der Erlanger BürgerInnen, behalten. Daher darf geplanten Umwandlungen von städtischen Betrieben in privatrechtliche Betriebsformen nicht zugestimmt werden.
- Die öffentliche Daseinsvorsorge (wie Wasser, Energie, Entsorgung, öffentlicher Nahverkehr, städtische Wohnungen, Kindergärten oder städtische Schulen) darf nicht dem privaten Profit und der Konkurrenzlogik der großen Konzerne geopfert werden.
- Ein Konzept zur Rekommunalisierung bereits teil- oder vollprivatisierter Bereiche und Betriebe muss erstellt werden.

Stellen Sie sich vor, was wäre

...wenn McDonalds und Burger King die Grund- und Hauptschulen, ein Ölmulti das Gymnasium und ein Rüstungskonzern neben Siemens die Universität übernehme?

...wenn ein Nahrungsmittelmulti die Wasserversorgung im Griff hätte, ...wenn eine Briefkastenfirma in New York oder eine „Heuschrecke“ aus England die Müll- und die Abwasserentsorgung betreiben würde, ...wenn ein Designfood-Konzern die Uniklinik oder das Klinikum am Europakanal beherrschte?

Wären Sie so glücklich? Warum werden die Grundbedürfnisse der Menschen dem privaten Kapital überlassen und gegeneinander in Konkurrenz gesetzt?

5 . Verkehr, Umwelt, Energie – Wege aus dem Grauen

Es gibt viele Gegenden in Erlangen, in denen zu wohnen eine Gefahr für die Gesundheit darstellt. Es gibt andere Orte in der Stadt, die jedes großstädtische Flair vermissen lassen. Beide Problemfelder wurden von einer konsum- und autofreundlichen Stadtentwicklungspolitik verursacht, die nur wenig mit ganzheitlichen Bedürfnissen von Menschen zu tun hat.

Die unkontrollierte neoliberale Marktwirtschaft, wie sie seit einigen Jahrzehnten wieder propagiert wird, führt zur fortschreitenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Sie erlaubt es egoistischen, mit Macht ausgestatteten Menschen, fast beliebig viele Schätze der Natur und die Arbeitskraft von abhängig beschäftigten Menschen in persönlichen Reichtum umzuwandeln. In der neoliberalen Marktwirtschaft ist keine Gegenmacht vorgesehen, welche solche Gewinne abschöpfen würde, um Daseinsvorsorge für Alle und für die noch kommenden Generationen zu treffen.

Die **erlanger linke** dagegen macht die Lebensqualität aller jetzt und künftig lebenden Menschen und Tiere zum Maßstab ihrer Politik. Kurz gesagt: sie verfolgt eine Politik der ökologischen Nachhaltigkeit. Sie betreibt diese Politik von der Basis, dem Zusammenleben in der Stadt, her. Ihre eigenen Aktivitäten beschränken sich auf die Stadt Erlangen und das einbezogene Umland. Erkennt sie dabei Missstände, die auch überörtliches Gegensteuern erfordern, tritt sie mit Forderungen an die Parteien und die Öffentlichkeit heran.

Die **erlanger linke** fordert

Vermeidung unnötiger Versiegelung der natürlichen Erdoberfläche, soweit irgend möglich.

Das bedeutet konkret:

- Vorrang des Geschosswohnungsbaus vor anderen Häuserformen.
- Fertigung, Lagerung und Verkauf im Gewerbe vorrangig in Geschossbauten; Vermeiden von großflächigen Hallenbauten.
- Keine Neubauten und Verbreiterungen von Straßen mehr (abgesehen von reinen Zufahrtswegen zu neuen Wohnhäusern und Betrieben/Kliniken).
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.
- Vorrangige Wiedernutzung von Stadtbrachen und Baulücken statt großflächiger Neuausweisungen in abgelegener Stadtrandlage.

Sparsamer Umgang mit nicht erneuerbaren Rohstoffen und Energieträgern.

Das bedeutet konkret:

- Städtische Förderung optimaler Wärmedämmung für alle Gebäude.
- Nutzung erneuerbarer Energieträger in größtmöglichem Umfang; keine Behinderung der Solarenergie-Nutzung durch "stadtbildgestalterische" Vorbehalte.
- Förderung des Einsatzes intelligenter Heizungstechnik, auch für regenerative Energieträger, durch Ausbau der städtischen Energieberatung.

Weg vom Auto – hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln in der Stadt (Schiene, Bus, Fahrrad).

Das bedeutet konkret:

- Ein mittelfristig angelegtes Ausbauprogramm für den öffentlichen Nahverkehr und Vorrangkonzepte für Fußgänger und Radfahrer.
- Die Erschließung des gesamten Stadtgebietes und der Umlandgemeinden durch die Stadt-Umland-Bahn (StUB) und die S-Bahn zu Sozialtarifen. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden der umliegenden Landkreise.
- Attraktive Fahrplangestaltung, soziale Tarife, dichtes Haltestellennetz und Vorrangschaltungen bei Verkehrsampeln für Schiene, Bus und Fahrrad.
- Preissenkungen beim ÖPNV sofort für alle, wobei sozial schwache BürgerInnen mit dem Erlangen-Pass kostenlos fahren dürfen.
- Innerstädtische kostenlose öffentliche Kleinbusse im 15-Minuten-Takt.
- Anschaffung attraktiver Züge und Busse, mit Einstiegshilfen für Behinderte und Kinderwägen.
- Optimaler Ausbau und beste Instandhaltung der Rad- und Fußwege.
- Keine neuen öffentlichen Parkplatzbauten mehr.
- Keine neuen Umgehungsstraßen mehr, z. B.: keine Südumgehung von Weiher zum OBI-„Kreisel“, kein Ausbau der Achse Herzogenauracher Damm bis Nordumgehung Herzogenaurach, keine Kosbacher Brücke, kein Hüttendorfer Damm.

Reduzierung der Lärmbelastung.

Das heißt konkret:

- Kampf gegen die widersinnige Vorschrift des Bundes, dass Lärmschutz nur gebaut werden darf, wenn eine Straße oder Bahnstrecke ausgebaut wird, wodurch sie ja erst für mehr Lärmerzeuger sorgt.
- Lärmschutz an allen Autobahnen und Bahnstrecken im Stadtgebiet. Mehr (Güter-)Zugverkehr durch Erlangen erst nach dem Bau eines durchgehenden Eisenbahntunnels.
- Sperrung von Wohnstraßen und Straßen im Klinikbereich für den motorisierten Durchgangs- und Individualverkehr.
- Heraushalten des Kfz-Verkehrs aus der Altstadt durch die bereits fertig geplante Umfahrungsstrecke mit Leitsystem, das "Erlanger U".
- Verlegung der Abflugstrecken vom Flughafen Nürnberg in das dünn besiedelte Umland.
- Festlegen einer verbindlichen Mindestflughöhe von 5000 m für Verkehrsflugzeuge über dem Stadtgebiet.
- Nachtstartverbot auch am Nürnberger Flughafen, wie es an fast allen anderen deutschen Flughäfen bereits besteht.

Sparsamer und sorgfältiger Umgang mit den Lebensmitteln Wasser und Frischluft.

Das bedeutet konkret:

- Keine Eingriffe in den Bannwald mehr.
- Keine Straßen in Wasserschutzgebieten.
- Keine Bautätigkeit im Regnitztal, erst recht nicht auf

- Regnitzinseln.
- Angemessene jährliche Investitionssumme im städtischen Haushalt zur Sanierung und Instandhaltung des Kanalnetzes.
- Keine Privatisierungen im Bereich der Wasserver- und -entsorgung, auch nicht teilweise.
- Förderung der ausgedehnten Nutzung des Regenwassers zu Reinigungszwecken, zur Toilettenspülung und zur Bewässerung von Pflanzen.
- Vorrang der Versickerung von Regenwasser, vor der Einleitung in die Kanalisation.

Schutz der biologischen Vielfalt und der Erholungsfunktion der Natur.

Das bedeutet konkret:

- Ausweisung genügend vieler und genügend großer Naturschutzgebiete, Flora-Fauna-Habitat-Gebiete (Lebensräume für Pflanzen und Tiere unter EU-Schutz) und Landschaftsschutzgebiete.
- Vernetzung der Schutzgebiete durch breite, von Wildtieren leicht und ungestört begehbare Grünzüge.
- Bewirtschaftung der Naturräume nach ökologischen und nicht nach profitwirtschaftlichen Kriterien. Einsatz beim Städtetag und bei der bayerischen Staatsregierung für die Rückgängigmachung der Forstreform.

6. Wohnen mit Lebensqualität ist Menschenrecht – nicht nur für Reiche

Eine Wende in der fatalen Stadtentwicklungspolitik in Erlangen ist überfällig. Die bisherige Stadtentwicklung hatte zur Folge, dass die Menschen in die Vororte und Umlandgemeinden abwanderten. Dieser Effekt war so stark, dass die Mieten im Umland heutzutage fast genau so hoch sind wie in der Stadt.

In den letzten Jahren ist wieder ein deutlicher Anstieg der Mietpreise zu verzeichnen, trotz zusätzlicher Wohnbebauung im Röthelheimpark und in Büchenbach-West.

Dabei ist aber der soziale Wohnungsbau in Erlangen weitgehend zum Erliegen gekommen. Dies macht das Leben für Menschen mit geringem oder gar keinem Einkommen zu einem täglichen Existenzkampf. Städteplanerische Einfallslosigkeit, getrieben von dem Kosteneinsparungs-Bestreben der Bauträger, lässt auch viele neue Wohngebiete trostlos erscheinen.

Die **erlanger linke** fordert

- Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus, insbesondere bei der GeWoBau.
- Kein Abriss von noch sanierbaren GeWoBau-Wohnungen, sondern Renovierung.
- Im sozialen Wohnungsbau muss die GeWoBau ihre Bau- und Sanierungsplanungen am tatsächlichen Bedarf der Mieter und Wohnungssuchenden orientieren.

- Keine Mieterhöhungen im Sozialwohnungsbereich.
- Alternative Wohnformen wie Wohngemeinschaften oder Mehrgenerationenhaus mit Gemeinschaftseinrichtungen müssen auch im sozialen Wohnungsbau gefördert werden.
- Der Bau von frei finanziertem, aber preiswertem Wohnraum ist ebenfalls zu fördern. Einfache Wohnungen mit günstigen Mieten dürfen nicht „teuersaniert“ werden. Bei privaten Vermietern kann dies mit Milieuschutz-Satzungen vermieden werden.
- Erlangen muss wieder vielgestaltig werden: Jungen und Alten, Singles und Familien, Deutschen und Ausländern muss es möglich sein, in einem Viertel zu wohnen, zu leben, einzukaufen und gemeinsam kulturell und sozial aktiv zu werden. Das soll durch städtebauliche Maßnahmen unterstützt werden.
- Ungenutzte Gewerberäume, vor allem im innenstadtnahen Bereich, sollen zu qualitativ gutem Wohnraum umgewidmet und umgebaut werden. Das kommt besonders einkommensschwachen Menschen oder kinderreichen Familien zu gute.
- Die städtischen Verfügungswohnungen sind umgehend mit Bädern und Zentralheizungen auszustatten.

7. Kinder und Jugend – unsere Zukunft!

Heute ist die Gründung einer Familie ein großes Armutsrisiko. Ursache ist häufig erzwungene Arbeitslosigkeit der Eltern in Verbindung mit fehlenden kostengünstigen Kinderbetreuungseinrichtungen. Durch Armut, fehlende oder mangelhafte Freizeiteinrichtungen haben viele Kinder und Jugendliche in unserer Stadt denkbar schlechte Lebensbedingungen.

Spielplätze vergammeln und fallen dem Vandalismus anheim, sie sind nicht mehr attraktiv und sicher - vor allem für Familien mit kleinen Kindern. Während auf den Spiel- und Bolzplätzen strenge Lärmschutzbestimmungen gelten, darf der Verkehr auf der Straße Tag und Nacht brausen und tosen. Auf vielen Plätzen in Erlangen ist das Spielen von Kinder oder ein ungezwungener Aufenthalt von Jugendlichen nicht mehr möglich. So stützt sich die "Suchtprävention" durch die Stadt nur auf generalisierte Verbote und Polizeimaßnahmen. Anreize und Möglichkeiten zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung werden von der Stadt kaum angeboten oder zusammengestrichen.

Die **erlanger linke** fordert

- Ausweitung der Mitbestimmungsrechte für Jugendliche, zum Beispiel Stadtteil-Jugendparlamente mit Vorschlags- und Rederecht im Stadtrat.
- Die Stadt soll die Miete für Jugendhäuser nach Auslaufen der EU-Förderung voll übernehmen, insbesondere die langfristige Finanzierung des Jugendclubs in der Westlichen Stadtmauerstraße, um dem Jugendclub Planungssicherheit zu gewährleisten.
- Wohnortnahe attraktive Spielplätze, Stadtteil-Freizeitzentren und Jugendclubs.
- Abenteuerspielplätze wie in Bruck und Büchenbach sollen in allen Stadtteilen entstehen.
- Die Stadt muss die öffentlichen Spielplätze, Bolzplätze und Skateparks regelmäßig in kürzeren Abständen warten, renovieren und auch neue Anlagen schaffen.

- Die Stadt soll die Jugendfarm bedarfsdeckend fördern und weitere Farmen auch in anderen Stadtteilen schaffen.
- Die Stadt soll Freizeiteinrichtungen für alle Generationen mit guter Personalausstattung und Hilfs- und Beratungsangeboten in jedem Stadtteil schaffen.
- Erlangens Kinder und Jugendliche brauchen mehr kostenlose Freizeit-Angebote und Jugendclubs ohne Verzehrzwang.
- Verdopplung der Jugendleiterpauschale.
- Übernahme der Vereinsbeiträge für Kinder und Jugendliche von finanziell benachteiligten Familien (Bruttoeinkommensgrenze 1500 €)
- Kindertagesstätten, Kindergärten und Jugendclubs müssen auf die speziellen Belange von ausländischen Kindern und Jugendlichen eingehen, um deren Integration zu fördern. Dies soll durch den Abbau von Sprachbarrieren mit Hilfe von Angeboten in der deutschen und der jeweiligen Muttersprache unterstützt werden.
- Kinderkrippen, Kindergärten und Horte müssen wohnortnah und bedarfsgerecht ausgebaut und kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
- Lernmittelfreiheit für alle Schüler.
- Kostenloses Mittagessen für Kinder von Eltern, deren Brutto-Einkommen unter 1500 € monatlich liegt.

8. Politik für unsere älteren MitbürgerInnen

Die **erlanger linke** setzt sich für die ältere Generation ebenso ein wie für Kinder und Jugendliche. Der letzte Lebensabschnitt darf nicht zur Armutsfalle werden!

Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt und die Menschen sind bis ins hohe Alter noch rüstig. Kulturelle und Bildungsangebote spielen für Senioren eine große Rolle. Ein selbst bestimmtes Leben hat für uns oberste Priorität. Wer nicht mehr für sich selbst sorgen kann, sollte unabhängig von seiner finanziellen Lage die Wahl haben zu entscheiden, ob er zu Hause oder in einem Heim gepflegt werden möchte.

Die **erlanger linke** fordert

- Ausbau der Bildungsangebote nach dem Vorbild des Seniorennetzes.
- Ermäßigten Eintritt zu den Kursen der VHS.
- Seniorengerechte Infrastruktur in jedem Stadtteil, da viele ältere Menschen nicht mehr so mobil sind: Fahrdienste mit VGN-Tarif, Einkaufsmöglichkeiten, Stadtteilzentren als Treffpunkte für die Geselligkeit.
- Förderung von Selbsthilfewohnprojekten und Wohngemeinschaften für Senioren, um die Eigenständigkeit Alleinstehender im Alter zu erhalten zu können.
- Wohnortnahe Pflegeplätze.
- Ausbau der häuslichen und ambulanten Pflege.
- Die Stadt muss alle Rentenkürzungen ablehnen. Sie tritt ein für eine Rente spätestens mit 65.

- Wer bei der Stadt mit tariflicher Altersteilzeit früher aus dem Berufsleben ausscheiden will, um damit Arbeitsplätze für jüngere KollegInnen freizumachen, soll dazu stets die Möglichkeit haben. Die Stadt Erlangen muss ihre bisherigen Einschränkungen zurücknehmen und Altersteilzeit wieder ab dem 55. Lebensjahr gewähren, wie das Altersteilzeit-Gesetz es ermöglicht. Die Stadt tritt für eine Verlängerung dieses Gesetzes über 2009 hinaus ein.

9. Politik für Behinderte – gleichberechtigte Teilhabe in Gesellschaft und Beruf

Die volle und gleichberechtigte Integration in Gesellschaft und Beruf von Menschen mit Behinderung steht in der Bayerischen Verfassung. Die Realität hinkt aber den seit 2002 geltenden Behindertengleichstellungsgesetzen hinterher.

Die Integration von Behinderten bedeutet den Vorrang von Rehabilitationsmaßnahmen und ambulanter Hilfe vor Pflege im Heim. So bleiben die Behinderten soweit wie möglich selbstständig.

In Erlangen kümmert sich zwar der städtische Behindertenbeauftragte sowie die Firma „Access-Integrationsbegleitung“ um Menschen mit Behinderungen im Arbeitsleben. Es sind aber noch viele Maßnahmen nötig. Zum Beispiel müssen den Arbeitgebern stärker als bisher ihre Pflichten, aber auch die gesetzlichen Möglichkeiten zur Integration von behinderten Beschäftigten aufgezeigt werden.

Die **erlanger linke** fordert

- Zusammen mit den Behindertenverbänden wird die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt gegenüber Arbeitgebern und Behinderten über die Chancen und gesetzlichen Hilfsmöglichkeiten bei Neueinstellungen und der Gestaltung von Arbeitsplätzen forciert.
- Stellenbörsen in Zusammenarbeit mit den Behindertenverbänden, Arbeitgebern, ihren Kammern und den Gewerkschaften werden eingerichtet.
- Ein weiterer Schwerbehindertenvertreter ist bei der Stadt zur Vertretung der Interessen der städtischen schwerbehinderten Beschäftigten frei zu stellen.
- Es sind genügend barrierefreie und geeignete Sozialwohnungen für Behinderte und Wohngruppen von Behinderten zu schaffen.
- In Zusammenarbeit mit den freien Wohlfahrtsverbänden ist ein Bedarfsplan zu erstellen, damit genügend BetreuerInnen eingestellt werden können.
- Selbsthilfegruppen und Therapieangebote sind zu fördern.

10. Bildungspolitik ist mehr als "Standortlogik"

Bildung ist ein Menschenrecht. Sie muss deshalb von Anfang an kostenlos sein. Unser Land kann vom Verkauf von Rohstoffen nicht leben. Aber durch ein hohes Bildungsniveau können wir trotzdem zu

einem guten Lebensstandard beitragen. Für die **erlanger linke** sind Bildung und Ausbildung unabdingbare Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe.

Das Erreichen von Bildungszielen, wie wir sie im untenstehenden Kasten (S.13) formuliert haben, beugt Vereinsamung, Gewalt und Sucht vor. Damit werden junge Menschen in die Lage versetzt, Perspektiven zu entwickeln.

Aber alle Pisa- und Iglu-Studien belegen es immer wieder: Bei uns hängen die Bildungschancen vom Geldbeutel der Eltern ab. Es ist außerdem ein Skandal, dass 10% der Jugendlichen ohne Schulabschluss sind; dass 87% der Akademikerkinder studieren, aber nur 17% der Arbeiterkinder; dass zwei Drittel aller SchülerInnen an bayerischen Gymnasien Nachhilfe brauchen, die sich nur Wohlhabende leisten können.

Damit sich die Kinder und Jugendlichen wirklich ernst und angenommen fühlen, brauchen sie gleiche Chancen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Alter.

Die **erlanger linke** fordert

- Mehr Personal für alle städtischen Bildungseinrichtungen. Das sind städtische Kinderkrippen, Kindergärten, Lernstuben, Horte, die VHS und stadtteigene Schulen.
- Dringende Sanierung aller Schulen in Erlangen, insbesondere des städtischen Marie-Therese-Gymnasiums (MTG).
- Eine Kommunalpolitik, die den schlimmsten Auswüchsen bayerischer Schulpolitik entgegenwirkt. D.h. die Stadt Erlangen macht sich dafür stark, dass alle Kinder bis zur 10. Klasse in eine gemeinsame Schule gehen, damit die einzelnen Schüler besser gefördert werden können und weniger Schüler ohne Abschluss entlassen werden müssen.
- Mittags- und Hausaufgabenbetreuung an den Schulen, wobei die Finanzierung vom bayerischen Staat einzufordern ist (Konnexitätsprinzip: wer vorschreibt muss auch zahlen).
- In den Schulklassen muss ein(e) zusätzliche(r), von der Stadt finanzierte(r) Pädagoge/in einzelne SchülerInnen oder Gruppen fördern (nach finnischem Vorbild).
- Die gesetzlich vorgeschriebenen Gruppen von 24 Kindern in Kindergärten und -horten müssen von 3 anstatt bisher 2 Kräften betreut werden (1 ErzieherIn und 2 KinderpflegerInnen).
- Ausreichend wohnortnahe Kindergartenplätze, insbesondere in den wachsenden Stadtteilen Röthelheimpark und Büchenbach.
- An der Volkshochschule (VHS) 1-€-Kurse für alle Kleinverdiener unter 1500 Euro brutto mit dem Erlangen-Pass. Die Stadt muss der VHS die Ausfallkosten erstatten.
- Ausreichend hohe Zuschüsse der Stadt für die VHS, um ein qualitativ hochwertiges Kursangebot anbieten zu können.
- VHS-Dozentenonorare auf das Niveau von Lehrer-Entgelten anheben.
- Die Stadt tritt für die Abschaffung der Studiengebühren ein und übernimmt diese bis zu deren Abschaffung für Bafög-Berechtigte und ausländische Studierende.

Bildungsziele sollten u.a. sein:

- Lernen von Zusammenhängen anstelle von Detailwissen
- Förderung des Selbstbewusstseins und Selbstwertgefühls
- Förderung der Ausdrucksfähigkeit in Wort und Schrift und damit auch der Denkfähigkeit
- Förderung von Kritikfähigkeit
- Förderung der Kommunikationsfähigkeit
- Förderung der Konfliktfähigkeit
- Förderung der sozialen Kompetenz: Eigeninitiative, Teamfähigkeit
- Förderung des kreativen Potentials in Kunst, Musik und Kultur
- Förderung der technischen Intelligenz
- Förderung der handwerklichen Intelligenz
- Förderung der Beweglichkeit in Sport und Spiel
- Förderung des Umweltbewusstseins.

11. Frieden in Erlangen - Nazis raus aus Erlangen

Gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit werden völkerrechtswidrige Militäreinsätze durchgepeitscht und der Rüstungshaushalt immer weiter aufgebläht. Die Große Koalition verbombt Milliarden für die Profite der Konzerne in aller Welt. Für die offensichtlich gewordenen Kriegsverbrechen der US-Armee werden Luftraum und Flugplätze sowie großflächige Areale zu Truppenübungszwecken zur Verfügung gestellt. Die Region Mittelfranken ist besonders betroffen: mit dem militärischen Ausbau von Grafenwöhr und des Nürnberger Flughafens, dem auch fürs Militär geplanten Autobahnzubringer durch den Reichswald, aber auch durch den Ausbau der Katterbach-Kaserne in Ansbach.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Deshalb wird die **erlanger linke** gemeinsam mit allen antifaschistischen und friedensliebenden Gruppierungen weiterhin gegen die Umtriebe faschistischer Organisationen in unserer Stadt und Umgebung (z.B. in Gräfenberg oder Herzogenaurach) auftreten.

Die **erlanger linke** fordert

- Städteachse der Friedensbewegung: Erklärung der Stadt Erlangen gegen jede Militarisierung und für zivile und friedenspolitische Maßnahmen.
- Unterstützung des Ansbacher Appells gegen den militärischen Ausbau von Katterbach (Wortlaut unter www.ansbacher-appell.de.vu)
- Unterstützung örtlicher Friedensinitiativen ideell und finanziell.
- Gelöbnisse und Werbeveranstaltungen der Bundeswehr erhalten keine Genehmigung.
- Straßenumbenennungen von Straßen und Plätzen mit militaristischem Bezug.
- Offizielle Städtepartnerschaft mit Cumiana/Italien.
- Verstärkung der antifaschistischen und friedenspolitischen Aufklärungs- und Bildungsarbeit, insbesondere an den Schulen.
- Keine Genehmigungen für Aufmärsche aller rassistischen und faschistischen Gruppierungen.

12. Leben statt existieren - Kultur kommt aus der Bevölkerung!

Die **erlanger linke** vertritt einen breiten Begriff von Kultur. Kultur umfasst die gesamte Arbeits- und Lebensweise. Kultureller Fortschritt bedeutet die Verbesserung von Ernährung, Kleidung, sozialer Sicherung und Wohnverhältnissen. Darüber hinaus auch weniger Arbeitszeit und mehr Freizeit, Bildung, Kunst und Genuss, Reisemöglichkeiten und höhere Lebenserwartung.

In unserer Gesellschaft sind diese Verbesserungen weitestgehend nur mit Geld zu erkaufen. Das heißt: gesunde Lebensweise, zufriedenstellende Wohnverhältnisse, Naturerleben, Kunstgenuss, Zeit für Familie und Freunde. Ein selbstbestimmtes Leben mit allen Möglichkeiten der Entfaltung eigener Interessen und Talente für alle sieht anders aus!

Die **erlanger linke** setzt sich dafür ein, dass in unserer Stadt ein kulturvolles Leben keine Frage von Einkommen oder Vermögen ist und somit für alle Bürgerinnen und Bürger ermöglicht wird. Dazu gehört auch, dass man den Umgang mit dem E-Government ("elektronisches Regieren") der Stadtverwaltung kostenfrei erlernen kann. Außerdem muss man sich im eigenen Stadtviertel kostenfrei ins Internet einwählen können (städtisches Internetcafé).

Kultur ist keine Restgröße, die nach Belieben eine Kürzungsmasse darstellt. Vielmehr ist Kultur als wesentliches Element des Selbstverständnisses Erlangens als Großstadt zu begreifen. Kultur stiftet Solidarität und Sinn.

Die **erlanger linke** fordert

- Dass die Stadt Erlangen Konzepte fördert, bei denen die Menschen Kultur nicht nur als Empfänger erleben können, sondern auch selbst Kultur schaffen können. Hierzu ist die Schaffung von städtischen Kulturzentren dringend nötig.
- Genügend Übungsräume, Proberäume und Ateliers für bildende Künste, Musik, Theater, Bands, Kleinkunst und vieles andere mehr.
- Sparrunden im Kulturbereich müssen sofort unterbleiben.
- In jedem Stadtteil ein Bürger- und Kulturzentrum, das in Ausstattung und Angebot den heutigen Anforderungen genügt, vor allem in den wachsenden Wohngebieten Röthelheimpark und Büchenbach. Die Nutzung der Räumlichkeiten muss Vereinen und Bürgerinitiativen kostenlos möglich sein.
- Der Kulturtreff Helmstraße im Stadtzentrum muss umgehend wieder allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Hierzu gehören ein Café-Betrieb mit Angeboten zum Selbstkostenpreis sowie kostenfreie Veranstaltungsräume.
- Die kostenlose Nutzung aller kulturellen Einrichtungen durch den Erlangen-Pass (siehe auch das 2. Kapitel unseres Programms: „2. Soziale Gerechtigkeit...“).
- Die Gängelung von Veranstaltungsmachern durch die undemokratischste Plakatierverordnung, die Erlangen je hatte, ist sofort zu beenden! Freie Meinungsäußerung setzt kostenfreie Plätze für Ankündigungs- und Hinweisplakate voraus.
- In einem städtischen Projekt soll der Zugang zum Internet für Menschen mit gar keinem oder geringem Einkommen verwirklicht werden. Insbesondere sollten alle InteressentInnen Beratung und Hilfe erhalten, ein eigenes e-mail-Konto und einen eigenen Internetzugang zu haben. Dieses Projekt soll in verschiedenen Stadtteilzentren oder Schulen verwirklicht werden.